

14. Februar 1989 / 97

## Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

GERD WALTER / WOLFGANG ROTH:

Binnenmarkt erfordert aktive Regionalpolitik

Anläßlich der Vorstellung der Binnenmarkt-Studie "Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Binnenmarktes 1992 auf Sektoren und Regionen der Bundesrepublik Deutschland" des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts "empirica GmbH", Bonn, erklären der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl 1989, GERD WALTER, und WOLFGANG ROTH, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik:

Wir befürchten:

Die Bundesregierung bereitet die Unternehmen nicht genügend auf den Binnenmarkt vor. Unabhängige Umfragen haben ergeben, daß sich in der Bundesrepublik vor allem die Mittel- und Kleinunternehmen nur mangelhaft auf die bevorstehende Entwicklung vorbereitet fühlen. Sie können sich deshalb nur unzureichend auf die Herausforderung durch den Binnenmarkt

einstellen. Notwendig sind mehr und gezielte Informationen für kleine und mittlere Unternehmen. Schauveranstaltungen wie nationale Binnenmarkt- und Mittelstandskonferenzen sind kein Ersatz für eine umfassende Vorbereitung auf den Binnenmarkt. Notwendig sind außerdem koordinierte Anstrengungen von Bund und Ländern, um Wohlstandsgewinne allen Regionen der Bundesrepublik zukommen zu lassen. Wenn politisch nicht gegengesteuert wird, droht der Binnenmarkt zu einer Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles in der Bundesrepublik zu führen.

Wir fordern konkret:

#### Erstens

Die Entwicklung des Binnenmarktes darf nicht zu neuen Handelshemmnissen an den Außengrenzen der Gemeinschaft führen. Eine abgeschottete Handelsfestung Europa ist für das Exportland Bundesrepublik Deutschland von größtem Nachteil. Wenn Europa leistungsfähig bleiben und noch leistungsfähiger werden will, bedarf es der ständigen Konkurrenz von außen. Ein offenes Europa muß auch die Zusammenarbeit mit den Ländern der EFTA und des RGW forcieren. Die Öffnung nach Mittel- und Osteuropa schafft gerade für die mittelständischen Unternehmer der Bundesrepublik Marktchancen, die ihre Randlage im Binnenmarkt in einen Standortvorteil umwandeln.

#### Zweitens

Unsere Binnenwirtschaft muß gestärkt werden - Rationalisierung und Strukturanpassung sind umso leichter zu bewältigen, wenn die Wirtschaft expandiert und neue Arbeitsplätze entstehen. Die Bundesregierung kann nicht ständig auf weiter steigende Exportüberschüsse gegenüber unseren EG-Partnern setzen. Unsere Exportüberschüsse und Arbeitsplatzgewinne bezahlen unsere Partner mit Arbeitsplatzverlusten. Solch eine Politik hat keinen Bestand. Wir müssen aus eigener Kraft wachsen. Abfallbeseitigung, Sanierung von Mülldeponien und Abwassernetzen, generell die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft und der Aufbau leistungsfähiger Kommunikations- und Datennetze sind genügend Felder für verstärkte staatliche und private Investitionen. Dies stärkt unsere Binnenkonjunktur. Es hilft gleichzeitig unseren EG-Partnern, die Anpassungsprozesse im EG-Binnenmarkt besser zu bewältigen.

#### Drittens

Die Anpassungsfähigkeit unserer Unternehmen muß gefördert werden - je schneller sich die Unternehmen Europas an veränderte Wettbewerbsverhältnisse anpassen, desto mehr Erfolge verspricht der EG-Binnenmarkt.

Die Bundesregierung muß aufhören, über die hohen Lohnnebenkosten zu jammern. Auch nach ihrer Renten- und Gesundheitsreform werden sie nicht sinken. Stattdessen sollte die Bundesregierung dort ansetzen, wo auf Dauer allein über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes entschieden wird. - bei der Qualifikation und Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Management. Notwendig ist eine Qualifizierungsoffensive.

Die Bundesregierung muß auch aufhören, gemeinsam mit dem BDI über die hohen Steuersätze für die Unternehmen zu jammern. Stattdessen sollte sie Zahlen über die effektive Steuerbelastung auf den Tisch legen. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß die Bundesregierung durch bewußte Falschangaben über die Höhe der Steuerbelastung der Unternehmensgewinne ausländische Investoren vom Standort Bundesrepublik abschreckt.

#### Viertens

Europa braucht mehr Wettbewerb auf Dauer - die Vollendung des Binnenmarktes darf nicht dazu führen, daß Groß- und Größtkonzerne die europäischen Märkte unter sich aufteilen und kleine und mittlere Unternehmen in Marktnischen und Zulieferantenpositionen abdrängen. Dazu muß das europäische Wettbewerbsinstrumentarium verschärft werden. Die EG-Fusionskontrolle darf aber nicht deutsche Wettbewerbsgrundsätze aushöhlen.

Vor allem fordern wir von der Bundesregierung, daß sie mit allem Nachdruck für ein Europa des freien Handels nach außen eintritt. Wir brauchen die ständige Herausforderung unserer härtesten Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Nur unter Wettbewerbsdruck von außen wird Europa seine Innovationskräfte voll entfalten.

#### Fünftens

Die Bundesregierung muß die deutsche Regionalpolitik reaktivieren. Sie muß die finanzielle Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" beenden und das Instrumentarium der Regionalpolitik reformieren.

Die strukturschwachen Regionen benötigen zur Bewältigung des Strukturwandels, der durch die Verwirklichung des Binnenmarktes ausgelöst wird, und der auf sie zukommenden Anpassungsprozesse effiziente regionalpolitische Unterstützung. Eine weitere Verschärfung des Gefälles zwischen den Regionen der Bundesrepublik und des Nord-Süd-Gefälles darf nicht hingenommen werden.